



## **Erklärung nach § 31 GOBT**

**zur Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386(2001) vom 20.12.2001, 1413(2002) vom 23.05. 2002, 1444(2002) vom 27.11.2002, 1510(2003) vom 13.10.2003, 1563(2004)vom 17.09.2004, 1623(2005)vom 13.09. 2005, 1707(2006) vom 12.09.2006 und 1707(2007) vom 19.09.2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

1. Parteipolitisches Taktieren ist in Fragen von Krieg und Frieden völlig unangebracht. Deshalb ist es für uns nicht akzeptabel, dass die große Koalition die Abstimmungen um die Verlängerung der Mandate des UN-legitimierten Einsatzes der International Security Assistance Forces (ISAF) und der US-geführten Antiterror-Einsätze im Rahmen von Operation Enduring Freedom (OEF) zeitlich so weit auseinandergelegt hat.

Diese Entscheidung geschieht ausschließlich aus Rücksicht auf die Parteitagsregie der Sozialdemokratie, nimmt aber dem Bundestag die Möglichkeit, über ein geschlossenes, kohärentes Paket an militärischer Unterstützung für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan abzustimmen. Auch die Zusammenlegung der Mandate von ISAF und der RECCE-Tornados geschieht – so richtig sie auch im Rahmen der Kommando-Struktur ISAFs sein mag – leider nicht ohne den Hintergedanken einer Disziplinierung der SPD-Abgeordneten.

2. Ein „Weiter so“ kann es in Afghanistan nicht geben. Angesichts sich vermehrender Berichte über die Verschlechterung der Sicherheitslage, der Erhöhung der Zahl ziviler Opfer, der Unterfinanzierung und Ineffizienz der zivilen Aufbauarbeit, dem Scheitern der bisherigen Strategie im Kampf gegen den Mohnanbau, angesichts des fehlenden Willens vieler lokaler Warlords zur Entwaffnung und der grassierenden Korruption in der afghanischen Administration bedarf es eines schnellen Strategiewechsels. Dabei ist von großer Bedeutung, dass die Strukturen der internationalen Gemeinschaft auf eine kontinuierliche „Afghanisierung“ der Sicherheit und des zivilen Aufbaus hinwirken müssen. Die Assistenz der internationalen Gemeinschaft muss provisorisch bleiben.

Die Bundesregierung verweigert sich bisher weitgehend dieser Einsicht. Die wenigen Ansätze aus dem im September vorgelegten Strategiepapier Afghanistan der Bundesregierung reichen mitnichten aus. Die Bundesregierung muss sich dringend in Afghanistan und bei unseren Bündnis-Partnern für einen Strategiewechsel einsetzen. Sofortige Maßnahmen müssen mindestens die Verdopplung der von der Bundesrepublik zur Verfügung gestellten Mittel für den zivilen Aufbau und die Beendigung des OEF-Kommandos sein. Der OEF-Einsatz



ist kontraproduktiv, weil er durch Doppelstrukturen die Arbeit von ISAF erschwert, und vor allem, weil er durch Kommandoaktionen im Rahmen des „Krieges gegen den Terrorismus“ das Vertrauen der Bevölkerung in Afghanistan verspielt hat.

3. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Dies erfordert effektive Kontrollmöglichkeiten ihrer Aktivitäten durch den Bundestag. Dafür bedarf es einer verlässlichen und kontinuierlichen Informationspolitik der Bundesregierung, allen voran des Bundesverteidigungsministers. Diese war in den letzten Monaten allerdings mehr als dürftig. Insbesondere zur Evaluierung des Tornadoeinsatzes hätten wir vor der Abstimmung einen umfassenden Bericht erwartet. So ist eine umfassende Bewertung der Arbeit der RECCE-Tornados kaum möglich.

Die Bundesregierung wird hier ihrer Verantwortung gegenüber dem Parlament nicht gerecht und verspielt in der Öffentlichkeit Vertrauen, das gerade die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Afghanistan brauchen. Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich ihrer Berichtspflicht nachzukommen und das Parlament umfassend über Art und Umfang der Aktivitäten der RECCE-Tornados in Afghanistan zu informieren.

4. Die Sicherung des Wiederaufbaus in Afghanistan ist eine der großen Herausforderungen deutscher Außenpolitik. Im Interesse der Menschen in Afghanistan leisten die Soldaten der Bundeswehr dort seit mehreren Jahren einen gefährlichen, aber sehr wichtigen Einsatz. Beiträge für mehr Sicherheit sind unverzichtbar.

Gerade ISAF leistet vor Ort einen wichtigen Dienst und ist auch auf Grundlage vieler Stimmen aus dem Land und von Nichtregierungsorganisationen unverzichtbar für zivile Aufbauprojekte in Afghanistan. Denn ohne Sicherheit ist die Aufbauarbeit nicht leistbar. Vor dem Hintergrund der Bedrohung der Sicherheit Afghanistan durch die Taliban und aufgrund des nicht abgeschlossenen Aufbaus der afghanischen Polizei und Armee kann diese Sicherheit derzeit nur UN-mandatiert und militärisch gewährleistet werden.

5. Die RECCE-Aufklärungs-Tornados sind Teil der ISAF-Mission und dürfen nur unter den Auflagen des ISAF-Mandats eingesetzt werden. Eine kritische Evaluierung ihres Einsatzes war bislang nicht möglich – geschuldet der schlechten Informationspolitik der Bundesregierung. Aber auch eine sehr kritische Haltung zur Zweckmäßigkeit des Einsatzes der Tornado-Aufklärungsflugzeuge wiegt nicht schwer genug, um der Beteiligung der Bundeswehr an der ISAF-Mission die Zustimmung zu entziehen. ISAF bleibt für den zivilen Aufbau unerlässlich.
6. Ein Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen hat im September den Abgeordneten der Grünen Fraktion empfohlen, dem verbundenen Mandat aufgrund der ablehnenden Haltung zum Tornado-Einsatz nicht zuzustimmen. Wir respektieren diese Entscheidung des Parteitags und die Entscheidung der Mehrheit der Fraktion, dieses Ergebnis im Abstimmungsverhalten in dieser Frage widerzuspiegeln.



Wir können dieser Aufforderung allerdings aus Gewissensgründen nicht folgen, da die Bedeutung einer Fortsetzung der ISAF-Mission für die Menschen und den Aufbau in Afghanistan deutlich schwerer wiegt, so dass wir der Bundeswehr-Beteiligung daran die Zustimmung nicht verweigern können. Dies ist das Ergebnis intensiver Gespräche und Diskussion unter anderem mit Menschen, die dauerhaft in Afghanistan leben und solchen, die dort Aufbauarbeit leisten.

Berlin, 12. Oktober 2007

Kerstin Andreae

Cornelia Behm

Alexander Bonde

Dr. Thea Dückert

Hans-Josef Fell

Omid Nouripour

Margareta Wolf